

## Es ist fünf vor Zwölf Herr Czaja

Jetzt Verantwortung übernehmen – jetzt handeln – jetzt Menschen retten!

Seit Wochen steigen die Zahlen der Flüchtlinge. Von einer ordnungsgemäßen Bearbeitung der Erstaufnahme kann keine Rede sein. Mit Bekanntwerden der sich zunehmend verschlechternden Bedingungen am LaGeSo sind, aufgeschreckt und betroffen von den unmenschlichen Zuständen, immer mehr Helfer\*innen sowie Spender\*innen eingesprungen und haben etwas gezeigt, was Berlin ausmacht:

### **Weltoffenheit, Hilfsbereitschaft und Mitgefühl.**

Hunderte kamen mit Lebensmitteln, Kleidung und Spielsachen für die Kinder. Gruppen von Ersthelfenden nahmen sich der gesundheitlichen Probleme der Flüchtlinge an und sammelten bei Apotheken Medikamente.

Dieser Druck führte zu erneutem Handeln in den Bezirken, die dann weitere Räume zur Aufnahme zur Verfügung stellten. Auch hier bildeten sich breite Hilfs- und Unterstützungsgruppen, die vom Aufbau der Betten, Einrichtung der Zimmer, Ausgabe von Kleidung, Getränken, Essen und Erstversorgung. Damit die Flüchtlinge überhaupt ankommen und ein wenig zur Ruhe kommen konnten.

Die Menschen handelten schnell, unbürokratisch und in ihrer Freizeit, sogar im Urlaub.

### **Wann handeln sie, Herr Czaja?**

Krisen und Konflikte/Kriege zwingen heute mehr Menschen als jemals zuvor zur Flucht aus ihrer Heimat. Dort werden sie aus politischen Gründen, ihrer kulturellen Identität, Zugehörigkeit zu einer anderen Volksgruppe/Minderheit oder ihrer sexuellen Identität verfolgt und/oder es bestehen aufgrund der Gewalteskalationen Gefahr für Leib und Leben. Die Geflüchteten suchen und brauchen Zuflucht in sicheren Staaten. Es wird auf nicht absehbare Zeit europaweit als auch in Berlin weiterhin mit steigenden Flüchtlingszahlen zu rechnen sein. Nach der Erntesaison wird ab Oktober nochmals mit einer steigenden Zahl von Flüchtenden zu rechnen sein. Die Flüchtlinge werden auf unbestimmte Zeit in Europa und Berlin leben.

Die Europäische Wertegemeinschaft trägt Verantwortung für diese Flüchtlinge. Dieser Verantwortung muss die Wertegemeinschaft auf allen Ebenen gerecht werden. Denn diese Menschen brauchen die solidarische Hilfe aller Institutionen und Bürger\*innen.

Als Berliner\*innen haben wir dabei den Anspruch, eine weltoffene und tolerante Stadt zu sein, die Heimat von Menschen aus allen Ländern ist. Wir bekennen uns zu unserer mitmenschlichen und politischen Verantwortung und zu seiner humanitären Verpflichtung, Menschen, die vor Verfolgung und Gewalt aus Kriegs- und Krisengebieten geflüchtet sind, zu schützen und ihnen die Unterstützung und Hilfe zu geben, die sie für ein menschenwürdiges Leben in der Mitte unserer Gesellschaft benötigen.

Für Berlin heißt das, Politik muss die Verantwortung übernehmen und handeln. Ganz konkret bedeutet dies, dass die Menschen nach Wochen der Flucht, Angst und traumatischer Erlebnisse in ihrer Ankunftsphase und auch danach Begleitung und Unterstützung in diversen grundlegenden Belangen benötigen. Diese muss in Zukunft sichergestellt werden durch:

- Die zwingende Schaffung einer hauptamtlichen Koordinierungsstelle/Einsatzleitung, die die Abläufe vor Ort organisiert und kanalisiert. Dies gilt sowohl für das LAGESO als auch alle anderen Erstaufnahmeeinrichtungen.
- Alle Flüchtlinge müssen schnell registriert werden. Hierbei haben insbesondere Schwangere, Familien, Frauen mit Kindern und alleinreisende Frauen und Minderjährige sowie schwer Kranke und Behinderte Priorität. Die Registrierung in geschützten Räumlichkeiten soll zügig vorgenommen werden.
- Gewährleistung der kurzfristigen Bereitstellung von Sozialarbeiter\*innen, Dolmetscher\*innen und von Beratungsangeboten für die Geflüchteten.
- Sicherstellung der Grundversorgung (mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln und hygienischen Artikeln) in allen Erstaufnahmeeinrichtungen.
- Herstellung ausreichender hygienischer Bedingungen in Form von mehr Toiletten, Babywickelräumen, geschützten Bereichen für Frauen und Mädchen sowie ausreichende Waschmöglichkeiten sowohl für die Geflüchteten selbst als auch für ihre Kleidung.
- Maßnahmen und Ressourcen des Katastrophenschutzes müssen zur kurzfristigen Vermeidung von Obdachlosigkeit genutzt werden. Bei Katastrophen können Mitarbeiter\*innen von der Arbeit freigestellt und trotzdem in ihren Jobs weiterbezahlt werden. Hier soll Berlin eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen: Für Mitarbeiter\*innen aus dem öffentlichen Dienst und den Landeseigenen Betrieben ist eine dem Katastrophenfall analoge Regelung zu schaffen, um die Hilfe zu professionalisieren und die Hilfsorganisationen zu unterstützen.
- Vermeidung der Obdachlosigkeit der Geflüchteten mit allen Mitteln!
- Es muss sowohl eine 24 Std als auch eine Wochenendaufnahmemöglichkeit für Flüchtlinge in Berlin geschaffen werden. Es ist die Aufgabe des zuständigen Senators Czaja dies sicherzustellen und zu gewährleisten.
- Gesundheitlicher Erstcheck und -versorgung für jeden neu ankommenden Geflüchteten. Sicherstellung der medizinischen Erstversorgung sofort - auch ohne Registrierung.
- Die Einführung der Gesundheits-Chipkarte muss vorgezogen werden!
- Der Gesundheitssenator Czaja wird aufgefordert, das Angebot der Krankenkassenärztlichen Vereinigung endlich anzunehmen.

Diese Forderungen verleihen wir mit einer Kundgebung am 26.08.15 um 11.55 Uhr Nachdruck. Sehr geehrter Herr Czaja, die Zeit des Koordinierens ist vorbei, jetzt ist konstruktives und zielorientiertes Handeln angesagt.